



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**17/6690**

A09

29. März 2022

Seite 1 von 5

Telefon 0211 871-2579

Telefax 0211 871-162579

für die Mitglieder  
des Innenausschusses

**Sitzung des Innenausschusses am 31.03.2022**  
**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.03.2022 „Aktuelle Entwicklungen im Corona-Protest-Spektrum“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Aktuelle Entwicklungen im Corona-Protest-Spektrum“.

Mit freundlichen Grüßen

  
Herbert Reul

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht  
des Ministers des Innern  
für die Sitzung des Innenausschusses am 31.03.2022  
zu dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle Entwicklungen im  
Corona-Protest-Spektrum“**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.03.2022

Zu generellen Ausführungen bzgl. der Informationssammel- und Auswertestelle (ISa) im Landeskriminalamt NRW (LKA NRW) verweise ich auf die Einleitung zur Beantwortung der Fragen zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Innenausschuss am 10.03.2022 zum Tagesordnungspunkt 23 „Aktuelle Entwicklungen im Spektrum der Gegner\*Innen der Corona-Schutzmaßnahmen“ (Vorlage 17/6536).

Vom 11.12.2021 bis zum 22.03.2022, 14 Uhr wurden durch die ISa nachfolgende Zahlen zu durchgeführten Versammlungen erfasst:

- 3.501 Versammlungen des maßnahmenkritischen Protestmilieus (Coronaleugner, Querdenker, bürgerliches Spektrum usw.) mit 487.923 Teilnehmerinnen und Teilnehmern
  - davon 2.127 nicht angemeldete bzw. angezeigte Versammlungen mit 182.740 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und
- 572 Gegenversammlungen mit 66.614 Teilnehmerinnen und Teilnehmern
  - davon 43 nicht angemeldete bzw. nicht angezeigte Versammlungen mit 4.765 Teilnehmerinnen und Teilnehmern
  - von den 43 nicht angemeldeten/angezeigten Versammlungen sind zehn als Eil- bzw. Spontanversammlung gemeldet worden

Die Versammlungen fanden weiterhin in allen Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen mit zwei- bis vierstelligen Teilnehmerzahlen statt. Die höchste Teilnehmerzahl vom 22.01.2022 in Düsseldorf (7500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) wurde seitdem in Nordrhein-Westfalen nicht übertroffen. Dabei wurden Straftaten konsequent verfolgt. In allen Fällen von nicht angemeldeten bzw. nicht angezeigten Versammlungen wurden grundsätzlich diesbezügliche Strafanzeigen gefertigt. Zudem wurden bei allen Versammlungen vom 11.12.2021 bis zum 22.03.2022,



14 Uhr insgesamt folgende strafrechtlich relevanten Verstöße polizeilich registriert:

Seite 3 von 5

<b>Straftat</b>	<b>Anzahl</b>
Sonstige Straftaten nach dem Versammlungsgesetz	111
Urkundenfälschung	111
Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte	57
Beleidigung	56
Körperverletzungsdelikte	37
Sachbeschädigung	13
Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	7
Bedrohung	6
Straftat nach dem Betäubungsmittelgesetz	6
Volksverhetzung	5
Straftat nach dem Sprengstoffgesetz	3
Sonstige Straftaten	32

Infektionsschutzrechtliche Verstöße sowie erteilte Auflagen wurden nicht erfasst. Zu weiteren Ausführungen hierzu verweise ich auf die Beantwortung der Fragen zum Antrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und SPD im Innenausschuss am 20.01.2022 zu Tagesordnungspunkt 9 ‚Spaziergänge‘ gegen die COVID 19-Maßnahmen“ (Vorlage 17/6326).

Mit Beginn des Jahres 2022 sind - weiterhin - insbesondere Aufrufe zu und die Teilnahme an Versammlungen durch die Parteien „Die RECHTE“ und „Der III. Weg“ sowie von Einzelpersonen und/oder Kleingruppen der rechtsextremen/rechtsaffinen Szene in Nordrhein-Westfalen festzustellen. Mitunter zeigen sich (ehemalige) parteipolitische Funktionäre der o. g. Kleinstparteien sowie der „NPD“.

Der Anteil von Rechtsextremisten und Reichsbürgern unter den Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern bewegt sich weiterhin in Teilen bei bis zu zehn Prozent.

Die Erfassung „Politisch motivierter Kriminalität“ (PMK) erfolgt bundesweit einheitlich auf der Grundlage des im Jahr 2001 von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder beschlossenen



Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“. Datenquelle zur Beantwortung der Fragen ist der Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen der Politisch motivierten Kriminalität (KPMD-PMK). Die Auswertung der Personengruppen beschränkt sich auf die im KPMD-PMK gelisteten Gruppen. Ausgewertet wurden die Fallzahlen (Thematik Corona) der Jahre 2020, 2021 und 2022. Die Fallzahlen für das Jahr 2022 sind als vorläufig zu bewerten. Die Zuordnung zu einer Personengruppe erfolgt auf Grundlage der in der Tat erkannten Zielrichtung des Täters. Beim Angriffsziel „Person“ sind natürliche Einzelpersonen sowie natürliche Personengruppen wie „alle Polizisten“ gemeint. Beim Angriffsziel „Amtsträger“ sind alle staatlichen Amtsträger, z.B. Bürgermeister oder Mitarbeiter des Ordnungsamtes, ohne Polizeiangehörige gemeint.

Die Fallzahlen können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen:

Phänomenbereich	Gesamt	Angriffsziel Person	betroffene Personengruppen				
			Polizeiangehöriger	Amtsträger	Parteimitglied	Religionsangehöriger	Mandatsträger
PMK -nicht zuzuordnen	1909	644	343	184	98	13	31
PMK -rechts	295	175	34	32	9	61	13
PMK -links	141	77	23	12	1	1	3
PMK -ausländische Ideologie	16	12	10	1	0	2	0
PMK -religiöse Ideologie	0	0	0	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>2361</b>	<b>908</b>	<b>410</b>	<b>229</b>	<b>108</b>	<b>77</b>	<b>47</b>

Grundsätzlich lässt sich konstatieren, dass das Corona-Maßnahmen-kritische Protestmilieu sich zum Krieg gegen die Ukraine heterogen positioniert, wobei tendenziell im extremistisch ausgerichteten Teil eine eher dominierende pro-russische Haltung feststellbar ist. Deutlich wird dies in den mehrheitlich pro-russischen Positionen verschiedener dem Delegitimie-



rungs-Spektrum zuzuordnender Telegram-Kanäle. In Bezug auf die derzeitige Aufnahme von Flüchtlingen wird die Situation mit der Flüchtlingsbewegung 2015 verglichen. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, dass im Zuge der Flüchtlingsströme Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten oder der arabischen Halbinsel/dem Nahen Osten die Situation/Fluchtrouten ausnutzen würden.

Darüber hinaus werden auch ukrainische Flüchtlinge mit dem Verweis darauf angefeindet, dass sie lediglich Wirtschaftsflüchtlinge seien, besser dastünden als in den Medien dargestellt, das „System der BRD“ ausnutzen wollen würden bzw. ihnen ein real existierender (im Anschluss an prorussische Verschwörungserzählungen) legitimer Fluchtgrund abgesprochen wird.

Mit den Äußerungen gehen jedoch Durchhalteparolen einher, sich dem Corona-Thema der Bewegung zu widmen. Insgesamt besteht die Angst, dass das Thema „Krieg in der Ukraine“ überhandnimmt und der Protest gegen die Corona-Maßnahmen ins Hintertreffen gerät. Bewegungsintern werden bereits deutliche Rückgänge an Teilnehmerzahlen bei den Protestveranstaltungen diskutiert. Dennoch besteht das Protestmilieu gegen staatliche Corona-Schutzmaßnahmen fort. Eine fortführende Emotionalisierung insbesondere im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine ist vornehmlich für digitale, virtuelle Kommunikationen festzustellen. Es lassen sich auch in diesem Kontext weiterhin Ausdifferenzierungen und damit verbundene fortschreitende Radikalisierungsprozesse von Einzelpersonen und Kleinstgruppen vor allem gegenüber dem bürgerlichen Spektrum in der Protestbewegung und gegenüber der Mehrheitsgesellschaft wahrnehmen. Mit weiteren Lockerungen könnte sich dieses jedoch ggf. weiter verringern bzw. anderen inhaltlichen Themen zuwenden, wie z. B. den gestiegenen Lebenshaltungskosten (u.a. Energiepreise) im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Ob diese Themen zu einem ähnlichen Mobilisierungseffekt in der Gesellschaft führen werden, ist aktuell nicht zu prognostizieren.